Am 26.09.2021: SPD wählen!

Der rote Hammel

Juli / Aug. 2021

Allheilmittel Stabsstelle?

Beim Tammer Gespräch im Jahr 2018, zu dem die SPD Tamm Vertreter der karitativen und sozialen Organisationen in Tamm eingeladen hatte, wurde als eines der Hauptthemen ein großer Bedarf an Vernetzung deutlich: um einen regelmäßigen Austausch zu gewährleisten, sich gegenseitig zu unterstützen, zu koordinieren und so die Aufgaben besser bewältigen zu können und besser auf die zunehmenden Fragestellungen und Probleme antworten zu können. Die Vereine wünschten sich eine Stelle, die einerseits die Vernetzung und einen regelmäßigen Austausch der Vereine untereinander unterstützt, wodurch sich Synergieeffekte ergeben, gemeinsame Strukturen gefunden und gemeinsame Aktivitäten entwickelt werden können. Andererseits aber sollte diese Stelle auch dafür da sein, Tammer Bürgern zu helfen, entsprechende Anlaufstellen und Angebote zu finden oder Fragen und Wünsche zu äußern. Es wurde dabei auch klar, dass die ehrenamtlich Tätigen der Organisationen diese Aufgabe nicht zusätzlich zu den ohnehin auslastenden Verwaltungs- und Organisationsaufgaben leisten können. Im Gespräch mit Bürgermeister Bernhard verwies dieser darauf, dass eine angedachte Stabsstelle des Bürgermeisters diese Aufgaben übernehmen könne und sollte.

Die SPD Gemeinderatsfraktion äußerte sich zu diesem Vorhaben mehrfach sehr skeptisch, da dieser Stelle derart viele Aufgabenbereiche zugeteilt wurden, dass schon im Vorhinein klar war, dass es unmöglich ist, alle wahrzunehmen. Leider ist es nun auch so gekommen: die Stabsstelle bewältigt sehr viele Aufgaben, aber Koordinations- oder Unterstützungsaufgaben im Bereich karitativer und sozialer Organisationen können nicht wahrgenommen werden. Da es schlicht nicht möglich ist, alle ausgeschriebenen Aufgaben im Rahmen einer Stelle zu bewältigen, muss es hier eine Änderung geben, die die angekündigte Unterstützung gewährleistet. Den Worten müssen endlich Taten folgen.

Gute KiTas dank Gute-KiTa-Gesetz?

Als im Jahr 2019 das Gute-Kita-Gesetz beschlossen wurde, sollte es den Bundesländern Mittel zur Verfügung stellen, die Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung weiterzuentwickeln und Eltern bei den Gebühren zu entlasten. Ein Instrumentenkasten aus zehn Handlungsfeldern (bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung, guter Fachkraft-Kind-Schlüssel, Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte, Leitungen stärken, Gestaltung der Räumlichkeiten, ganzheitliche Bildung, sprachliche Bildung, Kindertagespflege stärken, Steuerung des Systems des Zusammenwirkens öffentlicher und freier Jugendhilfe und inhaltliche Herausforderungen bewältigen) ermöglicht es den Bundesländern, für ihren Bedarf relevante Bereiche auszuwählen, in denen Entwicklungsbedarf besteht.

In Baden-Württemberg und auch in Tamm waren damit bei Eltern und pädagogischem Personal große Erwartungen und Hoffnungen verbunden, wovon zum jetzigen Zeitpunkt nur wenig umgesetzt wurde. Die Landesregierung Baden-Württembergs wählte aus den möglichen Handlungsfeldern die Bereiche Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte, Stärkung der Leitung und die Stärkung der Kindertagespflege. Im Bericht zum Gute-Kita-Gesetz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2020 wird über die Verwendung der Mittel berichtet: zum Zeitpunkt des Berichts waren dies 0 Euro in Baden-Württemberg.

Abgesehen davon, dass die grün-schwarze Landesregierung offensichtlich keine große Eile damit hat, das bereitgestellte Geld auch tatsächlich einzusetzen, lohnt sich ein Blick auf die ausgewählten Bereiche. Hier fällt auf, dass aus zehn Feldern nur drei ausgewählt wurden. Während die gewählten Felder sicher in einigen Kommunen von Bedeutung sind, wird es andere geben, die (wie Tamm bei den Leitungen) hier keinen dringenden Handlungsbedarf haben, andere Bereiche aber gerne weiterentwickeln würden. Durch die Beschränkung auf nur drei Entwicklungsfelder wird so den eigentlichen Akteuren – den Kommunen und Einrichtungen – die Möglichkeit genommen, die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz zur Qualitätsentwicklung sinnvoll in ihrem Sinne einzusetzen.

Außerdem wird ein Feld völlig außer Acht gelassen: die Entlastung der Eltern bei den Gebühren. Während die meisten anderen Bundesländer zumindest einen Teil der Ausgaben für Gebührenreduzierungen verwenden wollen (z.B.gebührenfreies letztes Kita-Jahr oder Reduzierung bei den Gebühren für die Ganztagesbetreuung...), sieht Baden-Württemberg hier offensichtlich keinen Bedarf und dies obwohl das Land , was die Gebühren betrifft mit an der Spitze liegt. Nachdem die Grünen, die doch immer für mehr Bürgerbeteiligung waren, schon den Bürgerentscheid über gebührenfreie KiTas verhindert haben, sollen nun nicht mal Mittel des Bundes für eine finanzielle Ent-

lastung der Eltern eingesetzt werden. Dies belastet insbesondere Eltern mit geringeren Einkommen, die im Bundesdurchschnitt 16% ihres Haushaltseinkommens für Betreuungskosten ihrer Kinder ausgeben müssen. In Tamm liegen die Kosten für einen KiTa-Platz bei bis zu 501 Euro, und es kann davon ausgegangen werden, dass die Kosten wie in den letzten Jahren auch weiterhin steigen werden. Sie werden wohl auch weiterhin nicht einkommensabhängig sein.

Bildung bleibt also auch weiterhin vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Dabei sollten alle Bildungseinrichtungen, und das sind KiTas, wie Schulen kostenfrei sein und so zur Bildungsgerechtigkeit beitragen.

Herr Spahn, haben Sie die ganze Tragweite der Problematik eigentlich erkannt?

Jetzt ist wieder eine Legislaturperiode vergangen, ohne dass die essentiellen Probleme in der Pflege angegangen wurden. Der Gesundheitsminister stellt zwar in jeder Talkshow seine angebliche Kompetenz zur Schau. Das, was bei seinem Aktionismus herauskommt, scheint aber nicht mehr zu sein als alter Wein in neuen Schläuchen. So verkaufte er die Anwerbung ausländischer Pflegekräfte vor zwei Jahren als das Maß aller Dinge, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Spötter sagen, dass diejenigen, die schon länger in dem Metier beschäftigt sind, das schon seit Jahren versuchen. Gibt es denn ein Land auf der Welt, in dem der Markt nach Pflegefachkräften nicht schon abgegrast wurde? Mal abgesehen davon, dass genau diese Fachkräfte auch in ihrer Heimat benötigt werden. Die Ausbildung hierzulande zu stärken, war schon mal ein gezielter Schritt richtige Richtung.

Was weiterhin hilft, den Notstand an qualifizierten Arbeitskräften zu lindern, haben wir allerdings dem SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil zu verdanken: Es war sein Vorstoß, Tariflohn für alle im Pflegebereich als Mindeststandard durchzusetzen.

Die tiefer liegenden Probleme der Pflege sind damit aber noch lange nicht aus der Welt geräumt. Eine Pflegehilfskraft verdient nach dem Tarifvertrag der Länder bei einer zehnjährigen Betriebszugehörigkeit gerade mal 1800 Euro netto. Wenn man berechnet, dass eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Tamm und Um-

gebung etwas die Hälfte davon an Miete er-

Fortsetzung von S.3

fordert, selbst bei einer genossenschaftlich geförderten Wohnung, bleibt nicht mehr viel vom Lohn zum Leben.

Die andere Seite ist die betriebswirtschaftliche Rechnung der Arbeitgeber. Was muss ein Pflegeplatz minimal kosten, damit er sich für ihn rechnet? Was darf er maximal kosten, dass ihn der Bedürftige noch bezahlen kann? Die Pflegesatzverhandlungen sind immer eine spannende Angelegenheit. Bisher werden die steigenden Kosten in der Regel, gerade durch höhere Löhne, auf die Pflegeplatzkosten umgesetzt. Irgendwann ist aber auch hier eine Grenze erreicht.

Es gibt die Pflegeversicherung, die einen Teil dieser Kosten übernimmt. Aber halt bei weitem nicht alles. Was bleibt, ist ein ordentlicher Batzen, der an den Angehörigen hängenbleibt. Wer hat schon eine Rente jenseits der 3000 €, von dem er seinen Anteil so ohne weiteres bezahlen kann? Auch das Ersparte ist bald aufgebraucht. Viele fallen dann in die Grundsicherung. Das bedeutet, dass der Staat wie bei der Sozialhilfe eingreift und den Pflegeplatz anteilsmäßig bezahlt.

Initiativen von Sozialverbänden sehen in der Stärkung der häuslichen Pflege einen Ausweg. Sicherlich ist von Fall zu Fall zu unterscheiden, wo dies möglich ist. Aber gerade diejenigen, die keine helfenden Angehörigen haben, sind nicht immer dieselben, die finanziell auf Rosen gebettet sind.

Was die Situation in den Krankenhäusern betrifft, kann man immer wieder darauf hinweisen, dass unser Gesundheitssystem nicht vollends privatisiert werden darf.

Die dritte Seite ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, an dem sich unsere Politik wie angesprochen schon versucht hat. Es ist so etwas wie das Glaubensbekenntnis unserer SPD, sich für eine Politik einzusetzen, in der es jeder schaffen kann, durch Bildung zu einer gesicherten Existenz zu gelangen. Dazu muss auch die Pflege gehören. Alle haben applaudiert, als in der Coronakrise bis an die Grenzen der Kapazität gearbeitet wurde. Jetzt wird es Zeit für Konzepte jenseits des Freien Marktes, die es ermöglichen, gute Pflege und Lebensqualität für alle, die daran beteiligt sind, zu garantieren.

Was ist ein politisches Buch?
Unpolitische Literatur gibt es nicht!

Von der Friedrich-Ebert-Stiftung wird jährlich für eine herausragende Neuerscheinung der „Preis für das politische Buch“ verliehen.
Die Entscheidung trifft eine unabhängige Jury. Die sich aufdrängende Frage, wann ein Buch politisch ist, führt in die Irre. Denn vom Ansatz her ist jedes Buch politisch. Wesentlich in unserem Zusammenhang sind Publikationen, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzen, richtungsweisende Denk-und Debattenanstöße geben und ihre Inhalte einem breiten Publikum verständlich machen.

Werner Stephan, (MA, Ltd. Bib -Dir. a.D.) ist ehemaliger Direktor der Universitätsbibliothek Stuttgart. Ehrenamtlich ist er seit vielen Jahren in der Jury der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Preis „das politische Buch des Jahres“ tätig, seit November 2019 als Sprecher der Jury.

Den diesjährigen Preis erhält der Historiker **Dr. Andreas Kossert** für sein Buch **„Flucht. Eine Menschheitsgeschichte.“** Flucht ist nach Kossert nichts Neues, schon zu biblischen Zeiten mussten Menschen fliehen. Vertreibung, Umsiedlung, ethische Säuberung, Zwangsdeportation, Gewaltmigration, wirtschaftliche Not führen dazu, dass Menschen ihre Heimat zu verlassen. Kossert stellt historisch und geografisch weit auseinanderliegender Schauplätze (Mitteleuropa, Naher Osten, Indien, Myanmar) nebeneinander, aber der radikal auf Einzelschicksale gerichtete Fokus macht es möglich, die Leiderfahrungen, die Menschen gemacht haben, uns in aufwühlender Art und Weise nahe zu bringen.

Auch wenn sich die Umstände unterscheiden, ähneln sich doch die Schicksale und Leidensgeschichten, die er eindringlich präsentiert. Bewusst werden nicht ethnische oder soziale Gruppen zur Gliederung genutzt, sondern die Kapitel heißen „Weggehen“, „Ankommen“, „Weiterleben“. „Erinnern“. Eindrücklich wird dargelegt, warum es für Flüchtlinge und Vertriebene zu allen Zeiten so schwer ist, in der Fremde neue Wurzeln zu schlagen. Ausführlich geht es auch um die Gleichgültigkeit vieler Menschen gegenüber dem Schicksal entwurzelter Menschen.

Insgesamt ist das einfühlsame Buch ein großes Plädoyer für Empathie und Mitmenschlichkeit.

Die Jury gibt darüber hinaus noch weitere Leseempfehlungen , von denen ich hier nur eine noch besonders hervorheben will:

Hans-Jochen Vogel - Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar

In seinem überaus lesenswerten kleinen Band resümiert Hans-Jochen Vogel sein Lebensthema und argumentiert juristisch kenntnisreich und politisch überzeugend für eine nach wie vor notwendige Reform der Bodenordnung, die sich am Gemeinwohl und nicht am privaten Interesse orientiert.

Weitere Infos: https://www.fes.de/preis-das-politische-buch/

Altglascontainer – aktiver Umweltschutz

Da kann jeder mitmachen.

Glas kann unbegrenzt recycelt werden. Problem ist die Müllentsorgung. Die beste Methode ist ein Pfandglas. Dieses Glas wird mehrfach verwendet, und ist dieses Glas nicht mehr nutzfähig und es wurde sortenrein gesammelt, kann es fast zu 100% recycelt werden.

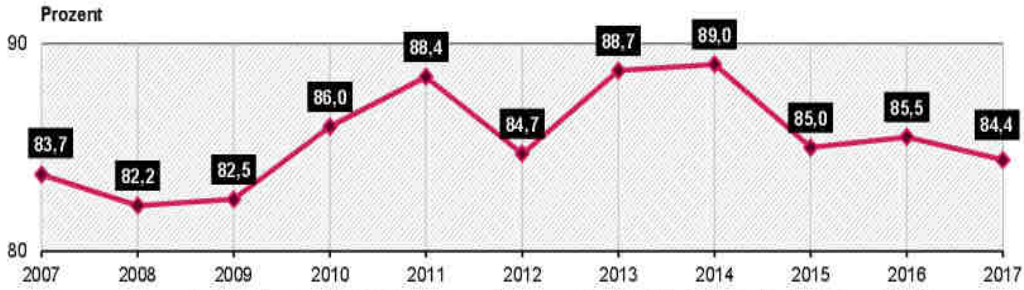
Bei Abgabe am Glascontainer kann das Glas sortenrein gesammelt werden. In diesen Glascontainer werden Behälterglas gesammelt (Flaschen, Konservengläser, etc.). Auf keinen Fall dürfen Deckel, Porzellan, Keramik, Trinkgläser und Mikrowellenglas hier eingeworfen werden. Diese Stoffe zerstören das Recyclat. Diese Stoffe gehören in den Restmüll.

Recycling ist aktiver Umweltschutz. Obwohl das Umweltbewusstsein steigt, sinkt die Recyclingquote und ist viel zu niedrig!

CO2 Reduzierung: Altglas benötigt bei der Schmelzung 25% weniger Energie als die Schmelzung aus den Rohstoffen. Zusätzlich müssen keine Rohstoffe aus der Natur entnommen werden. Der Bergbau für diese Rohstoffe (Quarzsand, Kalk) ist Energieintensiv und zerstört die Umwelt.

Liebe Bürger/Innen, bitte verwenden sie die Glascontainer. Organisieren sie sich in ihrer Nachbarschaft. So kann einer einmal im Monat das Glas für alle beim Glascontainer abgeben. Leider gibt es in Tamm nur eine

Verwertung von Glas aus gebrauchten Verpackungen



Quelle: Umweltbundesamt, Texte 139/2019, Aufkommen und Verwertung von Verpackungsabfällen in Deutschland im Jahr 2017, Dessau-Roßlau 2019

Wird das Glas in den Rundmüll geworfen, wird das Glas beim sammeln meist zerbrochen, kleine Teile werden verschmutzt und vermischen sich mit kleinen Fremdkörpern (Plastik). Dieses Glas kommt auf die Mülldeponie. Glas das man heraussortiert ist meistens farblich gemischt. Dieses Glas kann nicht mehr zu Weißglas verarbeitet werden, sondern nur noch zu Buntglas. Das nennt man Downcycling bzw. Abwertung des Ursprungsstoffes.

Sammelstelle für Altglas. Diese befindet sich bei der Harmonie, Stuttgarter Strasse, am Feldrand. Beachten sie die Einwurfzeiten wegen der Lärmbelästigung.

Die SPD fordert mehr Glascontainer für Tamm. Vorstellen könnten wir diese auf dem VFB Parkplatz und hinter dem Edeka an der Bissinger Strasse. Dazu sollte eine Werbetafel aufgestellt werden, welche die Bürger/innen daran erinnert, wie sinnvoll es ist, sein Altglas sortenrein zu entsorgen.

Verantwortlicher Umgang mit Müll

Ihr persönlicher Beitrag für Umwelt- und Klimaschutz

Wie wir mit Abfällen umgehen, ist eins der meistdiskutierten Umweltthemen. Vermeiden, verwerten, beseitigen - das ist die auch im Kreislaufwirtschaftsgesetz festgelegte Reihenfolge beim Umgang mit Abfall. Am besten ist natürlich, wenn Abfall vermieden werden kann, beispielsweise durch den Verzicht auf unnötige Verpackungen oder die Verwendung von Pfandflaschen. Unter Verwertung fallen in dieser Priorität Wiederverwendung, Recycling und thermische Verwertung. Ist all dies nicht möglich, steht am Schluss die Beseitigung auf Deponien.

Um Industrie und Handel in die Pflicht zu nehmen, hat der Bundestag bereits 1991 (CDU/CSU-FDP-Koalition) beschlossen, dass für die Verwertung und Beseitigung von Verpackungsabfällen Industrie und Handel verantwortlich sind. Folge war die Einführung des „Grünen Punktes“ auf Verpackungen im Jahr 1993.

Während ab da bundesweit mit Hilfe des Gelben Sacks sowie dezentral aufgestellten Glassammelcontainern Verpackungsabfälle erfasst wurden, entschied sich der Landkreis Ludwigsburg gemeinsam mit dem Enzkreis für das Sondersammelsystem „Flach und Rund“.

Neben der Tatsache, dass dieses System vor allem für Neubürger im Landkreis sehr gewöhnungsbedürftig ist, gab es auch Kritik wegen der mangelhaften Verwertungsquoten sowie der hohen Kosten dieses Systems.

2019 löste ein neues Verpackungsgesetz die bis dahin geltende Verpackungsverordnung ab. Deshalb mussten der Landkreis Ludwigsburg und die AVL mit den Dualen Systemen, die nach wie vor gesetzlich für Verpackungsabfälle zuständig sind, eine neue Vereinbarung zur Einsammlung von Verpackungsabfällen treffen.

Der Landkreis und die AVL wollten auf jeden Fall ein System beibehalten, in dem möglichst viel Abfälle direkt bei den Haushalten eingesammelt werden, am liebsten durch Änderung der bisherigen Tonne „Flach“ in eine Tonne nur für Papier, Pappe, Kartonnagen sowie anstatt der Tonne „Rund“ eine Tonne für sämtliche Verpackungsabfälle. Die Dualen Systeme wollten unbedingt eine getrennte Erfassung von Glas, vorzugsweise über dezentrale Glassammelcontainer.

Für eine Vereinbarung bedarf es immer der Zustimmung beider Vertragspartner. Ergebnis war deshalb ein Kompromiss: Aus „Flach“ wird ab 2022 eine Tonne für Papier, Pappe und Kartonnagen. Glas wird zukünftig in separaten blauen Behältern (36-Liter-Box, 120-Liter-, 240-Liter– und 770-Liter-Tonne) haushaltsnah sowie über dezentrale Glassammelbehälter gesammelt, die restlichen Verpackungsabfälle über Gelbe Tonnen.

Sicher erfordert das eine Umgewöhnung in der Müllsortierung, und auch die Umstellung wird nicht ganz einfach werden. Letztendlich war dieses Ergebnis nach Meinung aller Beteiligten jedoch das bestmögliche - und es bringt sogar eine kleine Entlastung bei den in den beiden letzten Jahren stark gestiegenen Kosten der Müllbehandlung.

Die heftigste Kritik kam von Bürger*innen wegen des zusätzlichen Behälters für Glas: Bei Mehrfamilienhäusern ist diese Umstellung kein Problem. Bei Einfamilienhäusern sollte sich für eine 36-Liter-Box doch ein Platz in Garage oder Keller finden lassen. Besonders werben möchte ich jedoch für Behältergemeinschaften: Papier-, Glas– und Gelbe Tonne gemeinsam mit Nachbarn zu nutzen spart knappe Stellfläche für die Mülltonnen!

Weitere Informationen bei Kreisrat Gerhard Jüttner (Tel. 60 55 83, E-Mail gerhard@juettner.name)

Tammer Vereine am Limit

Die Covid -19 Pandemie hat die Tammer Vereine vor ungeahnte Schwierigkeiten gestellt. Das reguläre Vereinsleben kam zum Erliegen. Konzerte, Feste und Wettbewerbe konnten nicht stattfinden. Exemplarisch haben wir zwei Vereine aus unterschiedlichen Bereichen befragt, wie sie bisher mit der Lage umgegangen sind bzw. wie sie die Aussichten für die Zukunft sehen. Die dargestellte Situation ist sicherlich bei allen Tammer Vereinen ähnlich.

Diese Fragen haben wir der **Musikgemeinschaft Harmonie** Tamm-Hohenstange e. V. und dem **VfB Tamm** e. V. **(Anfang Juni)** gestellt:

1. Wie wirkt sich die gegenwärtige Situation auf das Vereinsleben und das ehrenamtliche Engagement aus?

MGH: Das Vereinsleben wie wir es gewohnt sind, ist leider zum Stillstand gekommen. Das ehrenamtliche Engagement ist aber ungebrochen. Ob es jetzt der Vorstand ist oder das Team vom Cafe Harmonie, alle sind immer noch mit viel Elan dabei und freuen sich darauf, wenn wieder alles los geht und wir wieder richtig feiern dürfen.

Nicht nur der Musikunterricht sondern auch das Orchester wird über Online-Proben am Leben erhalten. Natürlich ersetzt das nicht das gemeinsame Musizieren in der Gruppe und das Zusammensein, aber es hilft doch, wenn man seine Musikerkolleg*innen ab und zu online sieht und mit ihnen reden kann.

VfB: Stark eingeschränkter Trainingsbetrieb auf dem Sportplatz, in Halle und Schwimmbad kein Trainingsbetrieb möglich. Ehrenamtliches Engagement beschränkt sich auf Verwaltung und einzelne Versuche durch spezielle Aktionen. Trainer*innen stehen in den Startlöchern und würden bei Lockerungen sofort starten.

2. Ist ein Mitgliederschwund zu verzeichnen, der auf die momentanen Bedingungen zurückzuführen ist?

MGH: Zum Glück nicht. Dadurch, dass wir recht schnell in den Online-Unterricht wechseln konnten sind keine Mitglieder auf Grund von Corona ausgeschieden.

VfB: Nein

3. Wie arbeiten im Moment Ausbilder*innen bzw. Trainer*innen?

MGH: Alle unsere unsere Ausbilder*innen lassen den Unterricht über verschiedene Kommunikationswege online stattfinden. Je nach Instrument und Ausbilder*in sind die Ausbildungsmethoden verschieden.

VfB: Onlineangebote (WhatsApp und Facebook Gruppen)

4. Wie groß sind die finanziellen Einbußen?

MGH: Leider sind die finanziellen Einbußen sehr groß. Nur dank eines guten Finanzpolsters, dass wir in den letzten Jahren ansparen konnten, ist es uns gelungen, unseren Betrieb weiterhin aufrecht zu erhalten. Allerdings ist dieses Polster nun mehr oder weniger aufgebraucht und wir brauen dringen wieder unsere Veranstaltungen. Hinzu kommt noch, dass unser Neubauprojekt weiter voranschreitet und es auch dort zu Kosten kommt.

VfB: Erheblicher Ausfall der Vereinsheim-Pacht und Gehaltsausfall der bezahlten Trainer*innen.

5. Wie wird der bisherige Einsatz der Gemeinde in der Pandemie für die Vereine bewertet?

MGH: Sehr positiv war, dass die Gemeinde die Vereinsförderung weder gekürzt noch ausgesetzt hat. Dies hat sicherlich allen Vereinen in Tamm geholfen.

Besonderen Dank möchten wir Herrn Schäuffele und Herrn Ellgass sagen. Wenn etwas unklar mit den Corona-Regelungen war oder wir ein Hygienekonzept eingereicht haben, haben die

beiden uns immer sehr nett, freundlich und schnell geholfen.

VfB: Öffnung der Schwimmhalle bis jetzt (Stand 7.6.21) nicht möglich, obwohl seit 21.05.21 erlaubt. Auf VfB-Anregungen wurde gut reagiert. Aktive Unterstützung zur Verbesserung der Nutzung (z. B. Sporthalle) könnte optimiert werden, z. B. Reinigungsfenster, die Leerzeiten der Schulen **nicht** berücksichtigen und es damit zum Wegfall vieler Übungszeiten kommt, vor allem im Kindersport.

6. Was brauchen die Vereine, um wieder neu zu starten, z. B. finanzielle Hilfe, Werbung oder Ideen, wie sie für Ehrenamtliche und neue Mitglieder attraktiv sein können?

MGH: Als indirekte finanzielle Hilfe würde es sicher vielen Vereinen helfen, wenn die Hallen (Bürgersaal, Kelter, Schulsporthalle etc.) für ein Jahr kostenfrei für Vereine wäre, egal wie oft man diese benötigt.

VfB: Sportanlagen müssen nach erkennbaren Lockerungen sofort zur Verfügung stehen (siehe Lehrschwimmbecken, abstellen von Warmwasser am Sportplatz). Proaktive Zeichen seitens der Verwaltung, wenn Lockerungen anstehen, wären sehr hilfreich.

Man muss sich aktuell selbst durch die vielen Verordnungen lesen. Eine Herkulesaufgabe für Vereinsmitarbeiter*innen, die keine Erfahrung im Lesen der „Beamtensprache“ haben.

7. Gibt es unabhängig von der aktuellen Lage Wünsche, Kritik oder Anregungen?

MGH: Momentan keine Wünsche.

VfB: Zusätzliche Sportanlagen (Sportplatz und Sporthalle) werden dringend benötigt. Neue Sportangebote für Kinder- und Seniorensport sind nicht möglich. Im Winter nur eingeschränkter Trainingsbetrieb wegen fehlendem Flutlicht. Ausweichen in Halle nicht möglich durch fehlende Hallenkapazitäten für den VfB Tamm.

Wir bedanken uns bei den beiden Vereinen für ihre Kooperation und die Beanwortung der Fragen.

Die Zeit nach der Krise wird nicht einfach sein. Es gilt, alle Aktivitäten wieder hochzufahren. Vielleicht auch mit neuen Ideen, die aus der Not entstanden sind. Es ist den Tammer Vereinen zu wünschen, dass sie diese Herausforderungen gut überstehen und bald wieder ihren gewohnten Betrieb aufnehmen können.

Wenn wir in irgendeiner Weise behilflich sein können, würden wir uns freuen, wenn Vereine auf uns zukommen.

„Du, wie hoiset dia neimodische Denger, dia jetzt en Damm romfahret?“

"E-Scooter"
"Frier hat mr do Radlrutsch gsa, aber ohne E"

Klimaschutz: Nun auch konkret in Tamm

Bereits seit Sommer 2013, also nun seit fast acht Jahren, hat Tamm ein Klimaschutzkonzept. Bisher ist dieses Konzept allerdings auch nur ein Konzept geblieben, tatsächlich geschehen in Sachen Klimaschutz ist nicht allzu viel. Bedenkt man, dass bei Fortsetzung der bisherigen Klimapolitik das CO2-Budget Deutschlands zur Erreichung des 1,5-Grad.-Ziels bereits 2030 aufgebraucht ist, so schmerzen diese verlorenen Jahre natürlich doppelt.

Immerhin soll es nun entschieden voran gehen: Die Gemeinde Tamm stellt hierfür einen Klimaschutzmanager an. Ermöglicht wird dies durch eine großzügige Förderung des Bundes. Mit der Stelle eines Klimaschutzmanager wird im Rathaus damit eine Stelle installiert, die sich hauptamtlich um Klimaschutz kümmert. Anders geht es auch nicht, das zeigen die Erfahrungen sowohl bei uns in Tamm, wo bisher wenig in Sachen Klimaschutz unternommen wurde, als auch in Kommunen, wo deutlich mehr unternommen wurde und bei denen die Aufgabe des Klimaschutzes stets hauptamtlich unterstützt wird. Zwar bietet die Ludwigsburger Energieagentur LEA, bei der Tamm ebenfalls Mitglied ist, der Gemeinde und ihren Betrieben und Einwohnern umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsleistungen an, dies führt aber letztendlich nur zum Erfolg, wenn im Rathaus die Koordinierung und Umsetzung der Maßnahmen erfolgt.

Eine großes Handlungsfeld liegt im Bereich der Wärmeversorgung der privaten Haushalte. Immerhin ein Drittel der TammerEmissionen an CO2 entfallen auf Heizung und Warmwasser für die privaten Haushalte. Die Gemeinde Tamm möchte nun das neue Wohngebiet „Nördliche Calwer Straße“ sowie das Wohngebiet Hohenstange zwischen Ulmer und Brächterstraße möglichst emissionsfrei machen. Im Zuge eines Quartierskonzept soll eine Strategie entwickelt werden, wie das gesamte Gebiet effizient und erneuerbar mit Energie versorgt werden kann. Das umfasst die Sanierung und technische Optimierung einzelner Gebäude, die zentrale Wärmeversorgung wie auch die Einbindung der Öffentlichkeit durch Beratung und Bewusstseinsbildung: Energieeffizienz fängt eben stets im Kopf der Beteiligten an. Die Erstellung des Konzepts wird mit 120.000 Euro veranschlagt, davon werden 75% durch den Bund gefördert. Das zu erstellende Quartierskonzept soll der Gemeinde, aber auch den privaten Hauseigentümern eine Grundlage für die zu treffenden Entscheidungen bieten.

Mögliche Maßnahmen für private Hausbesitzer und insbesondere größere Wohnanlagen sind energetische Sanierungen der Häuser im Zuge von ohnehin erforderlichen Renovierungsmaßnahmen, der Anschluss an eine noch zu errichtende Nahwärmeversorgung oder auch der Einsatz von Fotovoltaik.

Klimaschutz bei der Energieversorgung privater Haushalte hat den großen Charme, dass dies Maßnahmen sind, die eine relativ große Einsparung klimaschädlicher CO2-Emissionen ermöglichen, ohne dass dabei der gewohnte Komfort leidet – allerdings sind auch hier teilweise Verhaltensänderungen erforderlich, wie etwa die Umstellung von Dauerlüften auf Stoßlüften.

Besonders interessant dürfte das zukünftige Quartierskonzept für Immobilien sein, die bisher mit Strom beheizt werden. Durch den Wegfall der Nachtstromtarife haben sich für diese Haushalte erhebliche Verteuerungen bei der Wärmeversorgung ergeben, durch einen Anschluss an Fernwärme sind deutliche Einsparungen zu erwarten.

Obwohl die Einspeisevergütungen für Strom aus Fotovoltaikanlagen beständig gesenkt wurden, ist die Stromerzeugung auf dem eigenen Dach nach wie vor für viele Einfamilienhaushalte wirtschaftlich interessant und ein persönlicher Beitrag zum Klimaschutz.

Eine unabhängige Beratung in Sachen Energieversorgung bietet die Ludwigsburger Energieagentur LEA. Die Beratung ist kostenlos. Termine vereinbaren können Sie im Tammer Rathaus unter Tel. 07141 / 606-161.

Für mehr bezahlbaren Wohnraum

In Tamm wie auch im gesamten Ballungsraum Stuttgart hat die Wohnungsknappheit inzwischen ein unerträgliches Maß erreicht; insbesondere fehlt bezahlbarer Wohnraum. Auf Initiative der Tammer SPD-Gemeinderatsfraktion müssen deshalb bei neuen Baugebieten mind. 20% bezahlbare Wohnungen entstehen. Das ist ein erster Schritt, aber bei weitem noch nicht ausreichend. Die SPD Landtagsfraktion fordert, dass bei Neubaugebieten 40% bezahlbarer Wohnraum, 30% geförderter Wohnraum für Familien mit Kindern und die restlichen 30% für frei finanzierten Wohnraum verwendet wird. Hierfür ist allerdings eine deutliche Ausweitung der Wohnbauförderung durch Bund und Land erforderlich.

Außerdem wollen wir, dass Wohnbaugenossenschaften als Einrichtungen gemeinschaftlicher Selbsthilfe gefördert werden sollen und die 1990 von der CDU-geführten Bundesregierung abgeschaffte Gemeinnützigkeit von Wohnbauunternehmen wiederbelebt wird. Insbesondere die abgeschaffte Gemeinnützigkeit von Wohnbauunternehmen hat sich als dramatische Fehlentscheidung zulasten von bezahlbarem Wohnraum ausgewirkt. Inzwischen werden große Teile des Mietwohnungsmarktes von rein gewinnorientiert arbeitenden Kapitalgesellschaften wie Deutsche Wohnen oder Vonovia beherrscht.

Im Land hat die SPD zudem die Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft BWohnen gefordert um auf landeseigenen Flächen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Leider hat dieser Vorstoß im Landtag so wenig eine Mehrheit gefunden wie der Vorstoß der SPD-Kreistagsfraktion zur Gründung einer Kreiswohnbaugesellschaft. Hier wie dort stehen insbesondere CDU und FDP sowie im Kreistag die Freien Wähler gegen ein verstärktes Engagement der öffentlichen Hand im Wohnbau. Dabei liegen die Probleme auf der Hand: Während Städte wie Ludwigsburg oder Bietigheim-Bissingen mit eigenen Wohnbaugesellschaften in der Lage sind, in gewissem Maß bezahlbaren Wohnraum zu errichten, haben kleinere Kommunen wie etwa Tamm diese Möglichkeit nicht. Diese Lücke könnte eine Kreiswohnbau schließen, wobei natürlich auch dann ein Engagement der Gemeinden in Form vergünstigter Bodenpreise für bezahlbaren Wohnraum erforderlich ist. Solange für Kommunen beim Verkauf von Bauland allein die Erzielung von Höchstpreisen im Mittelpunkt steht, bleibt bezahlbarer Wohnraum unerreichbar.

Tue Gutes und rede darüber

Erfolge der SPD in den letzten Jahren

In den letzten 16 Jahren wurde ein konservativer Regierungsstil am meisten gewählt. Konservativ heißt abwarten, blockieren und lieber nichts machten. Dieser Merkel-Politikstil wurde die DNA der CDU. Sätze wie Sicherheit, Verlässlichkeit und ein diffuses Zukunftsversprechen, das war es. Obwohl die SPD der kleinere Koalitionspartner war, konnte die SPD etliches umsetzen, wurde aber auch oft bei vielen ihrer Themen von der CDU ausgebremst. Steuergerechtigkeit, weniger Pflanzenschutzmittel, mehr regenerative Energie, Bürgerversicherung, mehr Tarifbindung u.v.m. konnte man mit der CDU nicht umsetzen. Das schadete der SPD, aber vor allem dem Land. Von den Erfolgen der SPD hat vor allem die CDU profitiert.

Was konnte die SPD trotzdem umsetzen.

- **Grundrente** (2020)
- **Parität in der Sozialversicherung**, d.h. Arbeitnehmer und Arbeitgeber leisten gleich viele Sozialabgaben (2019)
- Begrenzung der Kostenbeteiligung bei der **Pflege** für Angehörige (2020)
- **Bahnfahren**: Mehrwertsteuersenkung von 19% auf 7% gesenkt (2020)
- **Gute KiTa Gesetz** – Maßnahmen zum Ausbau, Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung und Entlastung der Familien bei den Gebühren.(2019)
- **Starke Familien Gesetz** – Leistung für Bildung und Teilhabepaket wurde verbessert (2019)
- **Gesetz gegen Gewalt an Frauen** – Telefonnotruf, Ausbau von Frauenhäusern (2020)
- Ausstieg aus der **Kohle**verstromung (2019)
- **Opferentschädigung**srecht (2019)
- Einführung eines **Mindestlohn** und einer Mindestlohnkommission. Der Mindestlohn liegt bei 9,60 € und steigt auf 10,45 € zum 01.07.2022 (2015)
- **Ausbildung**smindestvergütung (2020)
- Mehr **Umwelt– und Naturschutz** durch Plastikverbote, Ausweitung Naturschutzgebiete sowie die Einführung einer CO2-Steuer (2019)
- Ausweitung **Kurzarbeitergeld** für die Corona Krise (2020)
- **Fachkräfteeinwanderung**sgesetz – Regeln für Fachkräfte aus dem Ausland (2019)
- Vor Corona Abbau der **Verschuldung**, was nun in der Krise von Corona sehr hilft
- **Betriebsrenten** werden teilweise von der Steuer befreit (2020)

Kurz: in den Ministerien der SPD wurde viel umgesetzt. Dies sind Olaf Scholz im Finanzministerium, Svenja Schulze im Umweltministerium, Hubertus Heil im Arbeitsministerium und bis Jun 2021 Franziska Giffey im Familienministerium .

Deutschland braucht eine Politik ohne CDU-Bremser für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft.

Klimaschutz muss sozialverträglich gestaltet werden

Mehr Klimaschutz ist notwendig, dies ist die Meinung der meisten Klima-Wissenschaftler und ist keine Erfindung der SPD. Unser Selbstverständnis: Wir sind dem Schutz der Menschen verpflichtet, deren Leben nicht privilegiert ist – ihr Alltag muss zu meistern und **bezahlbar sein**. Wir sorgen für einen notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt beim ökologischen Umbau.

Klimaschutz mal zwei: Das Windrad erzeugt CO_2-frei Strom, der Baum bindet CO_2 im Holz

Der Staat kann den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur nicht vollständig finanzieren. Er muss dafür sorgen, dass privates Geld in ökologische Projekte fließt und nicht in unproduktive und gefährliche Finanzprodukte. Dies gelingt mit Subventionen und einer ökologischen Besteuerung. Dies muss aber sozialverträglich gestaltet werden.

Mit dem Klimaschutz sollten ausgleichende Maßnahmen eingeführt werden, z.B.:

- Anpassung von Sozialleistungen an die neuen Haushaltsenergiekosten.
- Energieeffiziente Haushaltsgeräte subventionieren durch Zuschüsse oder Kredite.
- Einführung eines Klimabonus pro Kopf. Die durchschnittlichen CO2 Kosten eines normalen Verbrauches werden erstattet. Darüber hinausgehende CO2-Emissionen (betreffen vor allem Besserverdiener) werden nicht berücksichtigt.
- Erhöhung der Pendlerpauschale.
- Beratung und Erleichterung für einen Wechsel zu einem günstigeren Energieanbieter.
- Einführung eines energetischen Mietspiegels und
- eines Mietendeckels
- Kostenlose Energiesparberatungen.
- Erhöhung der Mindestlöhne.

Wandel Arbeitswelt – Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben

Dieser Wandel bietet auch Möglichkeiten in der Arbeitswelt. Neben Ausbau von Bildung ist die Mitbestimmung eine Herzensangelegenheit der SPD. Ideen und Innovationen aus der Belegschaft können nur in einer Unternehmenskultur entstehen, die Engagement willkommen heißt. Betriebsrät*innen sind wichtige Akteure bei der Umsetzung des Klimaschutzes im Betrieb. Entsprechende Mitbestimmung hilft die Beschäftigten für neue Ideen zu begeistern und Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. Um auf dem Weltmarkt bestehen zu können, muss die deutsche Wirtschaft in klimafreundliche Produkte und klimaneutrale Produktion investieren.

Verkehr muss bezahlbar bleiben

Wir benötigen klimafreundliche Verkehrsträger, deshalb ist die SPD für ein 365 Euro Jahresticket für ÖPNV, den Ausbau von ÖPNV- und Radwegenetz; günstige Elektroautos, unter 30.000 Euro, sollen einen höheren Bonus er-

halten. Die Maut für LKW soll ausgebaut und angehoben werden, damit weniger transportiert und mehr Verkehr auf die Schiene verlagert wird. Die Einnahmen sollen zweckgebunden für den Erhalt der Straßen verwendet werden. Fliegen muss durch die CO2-Steuer verteuert werden.

Mit Solarenergie Energiekosten sparen und CO2-Emmissionen reduzieren Bild: © 2010 Edmund Tse

Gebäudekosten dürfen nicht explodieren

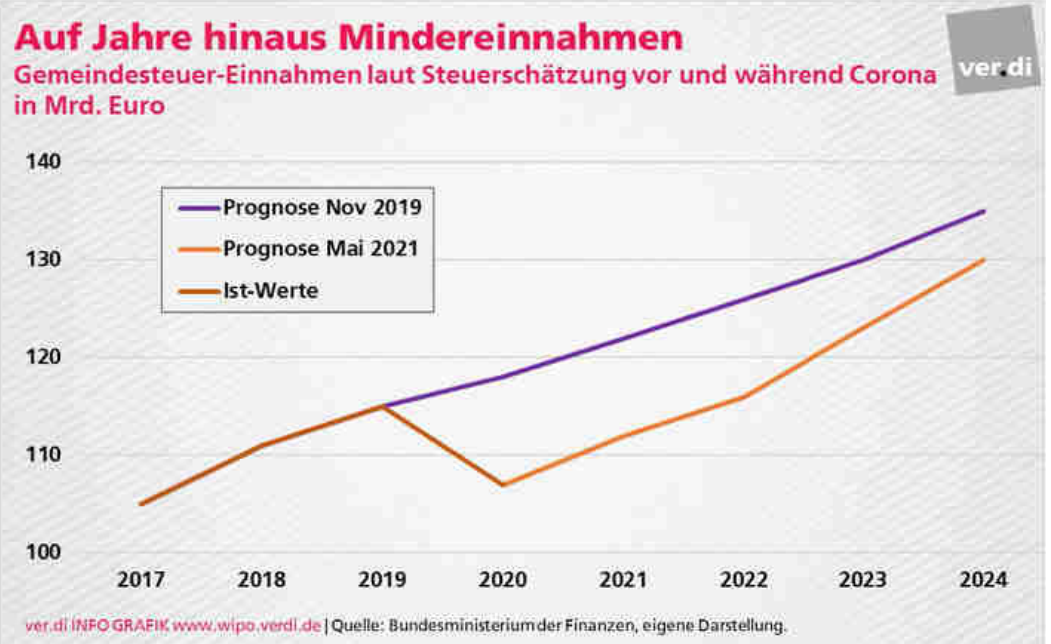
Um beim Gebäudebestand CO2 zu sparen, sollen ganze Gemeinden oder Stadtviertel an einem Wärmenetz angeschlossen werden, einhergehende ist dabei die Gebäudesanierung. Das ist effektiver als kleine Insellösungen je Haus und auch günstiger. Diese Netzversorgung soll in Genossenschaften oder in den Gemeinden verwaltet werden sodass die Bürger von keiner Firma abhängig sind. Dazu möchte die SPD Anreize durch Subventionen setzen.

Strom wird günstiger, CO2 Schleudern werden teurer.

Strom aus regenerativen Energien, welchen man stark ausbauen muss, soll künftig günstiger werden, deshalb soll die EEG-Umlage abgeschafft werden. Strom aus fossilen Brennstoffen wird mit einer CO2-Steuer belegt.

Es gibt noch viele Bereiche in denen Klimaschutz eine Rolle spielt. Internationale Kooperationen, Tierschutz, Landwirtschaft, Ernährung u.v.m. Klimaschutz spielt in alle Bereiche hinein.

Unser Ziel: Wer klimafreundlich handelt, hat künftig mehr Geld in der Tasche.



Redaktion: Sonja Hanselmann-Jüttner, Gerhard Jüttner, Harald Konnerth, Peter Schwenzer, Maya Stockmeier, Karin Waldmann
V.i.S.d.P.: Maya Stockmeier, Beethovenstr. 11, 71732 Tamm
Internet: www.spd-tamm.de, www.facebook.com/spdtamm/, www.roter-hammel.de
E-Mail: vorstand@spd-tamm.de
Spenden an den SPD Ortsverein Tamm:
Konto DE24604500500000095936, KSK Ludwigsburg

SPD Ortsverein Tamm

Klimaneutral Druckprodukt

Sehr geehrte Tammerinnen und Tammer,

*Sie verdienen eine **mutige**, **leidenschaftliche** und in die **Zukunft** gerichtete Stimme in Berlin. Diese Stimme möchte ich nach der kommenden Bundestagswahl für Sie sein.*

Mein Name ist Thomas Utz, 32 Jahre alt und wohne in Murr. Dort bin ich als ehrenamtlicher Kreis- und Gemeinderat politisch engagiert bin. Ich bin als Betriebswirt in der Automobilindustrie beschäftigt. Zuvor war ich knapp 10 Jahre lang als Bankangestellter mit Fokus auf mittelständische Unternehmensfinanzierungen tätig.

Als Ihr Abgeordneter werde ich mich dafür stark machen, unser Sozialversicherungs- und Steuersystem künftig so auszurichten, dass auch normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, langfristig Vermögen aufzubauen. Ich möchte Normalverdiener finanziell entlasten. Das ist angesichts steigender Lebenshaltungskosten und explodierender Kosten für Mieten und Wohnen in unserer Region dringend notwendig. Gleichzeitig sind mir sichere und stabile Renten wichtig. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der soll sich im Alter auf seine Rente verlassen können.

Daneben liegt mir vor allem die Zukunftsfähigkeit unserer Industriegesellschaft am Herzen. Wir müssen künftig deutlich mehr in die digitale Infrastruktur unseres Landes investieren. , Nur so finden Unternehmen die notwendigen Rahmenbedingungen vor, um auch in Zukunft faire und gerecht bezahlte Arbeitsplätze vor Ort zu sichern und zu schaffen. Dazu gehört auch, dass der Umwelt- und Klimaschutz unsere Zukunft ist und unsere Arbeitsplätze von Morgen sind. Dabei muss Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden und auch für Normalverdiener bezahlbar sein.

Besuchen Sie mich doch online: www.thomas-utz.de, bei Facebook und Instagram oder schreiben Sie mir eine E-Mail: info@thomas-utz.de - ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Herzliche Grüße
Ihr